

Protokoll öffentlicher Teil
Außerordentlicher Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Datum: **07.07.2015**, Beginn: **17:00 Uhr**, Ende: **18:36 Uhr**
Ort: Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus
Leiter der Beratung: Herr Werner Schaaf

1. Eröffnung

Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Dr. Bialas	Fraktion CDU
Herr Amat Kreft	Fraktion AUB/SUB (i. V. für Frau C. Eckert)
Herr Kaun, A.	Fraktion DIE LINKE.
Herr Möller	Fraktion SPD
Herr Schaaf	Fraktion SPD
Herr Schubert	Fraktion CDU
Herr Schnapke	Fraktion CDU
Frau Kühl	Fraktion DIE LINKE. (i. V. für Herrn Siewert)
Herr Weißflog	Fraktion B90/Grüne
Frau Zenke	Fraktion SPD

Entschuldigt:

Frau Spring	Fraktion AfD
-------------	--------------

Anwesende sachkundige Einwohner:

Herr Bosse	Fraktion AfD
Herr Krings	Fraktion CDU
Herr Münschke	Fraktion AfD
Herr Dr. Neidhardt	Fraktion DIE LINKE.
Herr Neumann	DIE LINKE.
Herr Prätzel	Fraktion SPD
Herr Sohst	Fraktion SPD

Anwesende Gäste: siehe Teilnehmerliste

I. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung/Protokollkontrolle

Von 11 stimmberechtigten Mitgliedern sind 8 Mitglieder anwesend, 1 Mitglied entschuldigt, 2 Stellvertreter.

Der Ausschuss Haushalt und Finanzen ist beschlussfähig.

Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen 10:0:0.

Bestätigung der Protokolle

Die Bestätigung der Protokolle des Ausschusses vom 16.06.2015 erfolgt in der nächsten ordentlichen Sitzung.

Zu TOP 2 Berichte und Informationen/Anträge und Anfragen

Es liegen keine Unterlagen vor.

Zu TOP 3 Beschlussvorlagen

3.1 I-004/15

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für das Haushaltsjahr 2015

V.: GB I

Frau Ramsch führt aus. **>Anlage 1<**

Diskussion:

Herr Dr. Bialas: Bei der Sportförderung sind 50 T€ Beschlusslage, jedoch nur 43 T€ im Plan enthalten. Dies würde nur gehen, wenn die Vertreter des Sports sagen, dass dies so abgestimmt ist und es ausreicht.

Herr Möller: Beantragt trotzdem 50 T€. Erst hatten wir ca. 37 T€, jetzt schon 43 T€. Er beantragt trotzdem, die Sportförderung um weitere 7 T€ zu Lasten des Gewinns 2015 zu erhöhen.

Herr Weißflog: Ihn interessiert die Meinung des Stadtsportbundes, ob er mit 43 T€ mitgehen würde. Dann wären 7 T€ zu Lasten des HH nicht mehr notwendig.

Frau Ramsch: Es gab die AG Sport und Gespräche mit Herrn Schick mit dem Ergebnis der Erhöhung um 43 T€ ab 2015. **>Anlage 2<** Die Betriebskosten sind gedeckt, und es gibt zusätzliche 7 T€ für die Sportförderung. Beide Positionen sind darüber hinaus deckungsfähig.

Herr Dr. Bialas: Dann könnte dem Antrag von Herrn Möller zugestimmt werden, auf 43 T€ zu erhöhen.

Herr Möller: Er möchte präzisieren. Sein Antrag war eine weitere Erhöhung der Sportförderung um 7 T€ und damit auf 14 T€, damit 50 T€ gesamt.

Herr Schulze: Die 43 T€ sind ja Konsens in der AG Sport. Man könnte hier nochmal beim Stadtsportbund nachfragen.

Herr Dr. Bialas: Er neigt dazu, hier abzustimmen. GB III weiß Bescheid und ist nun für Einwände nicht anwesend.

Frau Breitschuh-Wiehe: Gerade war Bildungsausschuss. Herr Havenstein war dabei und gegen die Empfehlung, um 43 T€ zu erhöhen, hat er keine Einwände.

Antrag Herr Möller: weitere Erhöhung um 7 T€ auf dann 50 T€

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung: 4:4:2

Fragen zu Investitionen

Frau Ramsch führt fort.

Frage aus dem

Abgeordnetenkreis: Wie stellen sich die Änderungen der Gewerbesteuer zusammen?

Frau Ramsch: Veränderungen kommen von den kleineren Steuerzahlern. Hier gibt es immer Änderungen in den Vorauszahlungen, aber auch Rückzahlungen; zurzeit haben wir ca. 700 T€ Mehreinnahmen und

erhöhen den Planansatz um vorsichtige 500 T€, was keine Erhöhung des Hebesatzes ist.
Herr Weißflog: Klarstellung, es handelt sich um Mehreinnahmen und um keine Erhöhung der Gewerbesteuer.
Frau Ramsch: Ja

Frau Ramsch führt die Veränderungen der Investitionen detailliert aus.

Diskussion

Herr Dr. Bialas: Stellt Verständnisfrage zum FAG. Beim Mobilitätszentrum gibt es einen Antrag auf FAG-Mittel, bedeutet das, dass bei einer Bescheidung sich der Eigenmittelanteil verringert?
Frau Ramsch: Ja
Herr Dr. Bialas: Innerhalb der Mittelbereitstellung für Schulausstattungen kommt es zur Verschiebung von zwei Straßenbaumaßnahmen. Gäbe es auch noch andere Maßnahmen, die anstelle Döbbrick-Süd genommen werden könnten, z. B. Brücke Priorgraben, die er nicht für prioritär hält.
Frau Ramsch: Grundsätzlich ist dies möglich.
Frau Tzschoppe: Die Brücke Priorgraben ist im Investplan erst 2017/2018 drin.

Fragen zum Geschäftsbereich I

Herr Möller: Fragt, warum Haushalt ausgeglichen ist, aber im Finanzplan ein großes zweistelliges Minus ist.
Frau Ramsch: Im Ergebnishaushalt ist ein Überschuss. Aber es werden andere Dinge veranschlagt als im Finanzhaushalt. Finanzhaushalt ist derzeit im Minusbereich, deshalb diese Entwicklung der Kassenkredite.
Frau Jüttemann: 2015: ca. ein Minus von 14 Mio. € durch Investitionshaushalt; Ergebnishaushalt kann das nicht ausgleichen, und Ansätze im Investitionsteil spiegeln sich aber nicht im Ergebnishaushalt wider.
Herr Dr. Bialas: Hat eine Frage zu Zuschüssen an Unternehmen. Sind die Zuschüsse an die Lagune von 300 T€ eingestellt?
Frau Jüttemann: Ja
Herr Möller: Starker Anstieg der Personalkostenentwicklung ist nicht schlüssig. Als Begründung wird angeführt, dass das Auslaufen der Inanspruchnahme Rückstellungen ATZ als personalkostendämpfender Faktor wegfällt. Ist nicht ganz schlüssig, denn auch die Altersteilzeit sollte auslaufen.
Frau Ramsch: Die Inanspruchnahme ist eine entscheidende Größe und fällt in den kommenden Jahren weg. Mit Ausscheiden von Mitarbeitern in die Freizeitphase ATZ können aus gebildeten Rücklagen Beträge an Mitarbeiter ausgezahlt werden. Die Minusposition der Inanspruchnahme in den einzelnen Produkten wird ab 2015 weniger, in den nächsten Jahren fällt sie komplett weg.
Herr Möller: Wie es funktioniert, ist ihm klar. Aber warum steigen die Personalkosten, wenn Leute aus der Freizeitphase in den Ruhestand wechseln, dann fallen ja auch die Zahlungen weg. Warum die Personalkosten trotzdem steigen, leuchtet nicht ein.
Frau Gotzel: Nach Ausscheiden der Mitarbeiter ist deren Stelle nicht gestrichen und muss weiter beplant werden.
Herr Schaaf: Also müssten die Stellen theoretisch gestrichen werden, damit die Kosten wegfallen?
Herr Kaun: Hat zwei Fragen zum Stellenplan.
Es gibt die Aussage der Verwaltungsspitze zur Entfristung von kw-Vermerken im ASD. Wie viele Stellen sind von den beantragten vier Stellen entfristet worden?

Frage zum Stadtbüro: Sind die Stellen bis 2016 verlängert? Das ist eine Belastung für die Mitarbeiter, da wieder nur eine Befristung erfolgt. Kann man hier nicht gänzlich entfristen?

Frau Gotzel: Beim ASD wurden zwei kw-Vermerke gesetzt: Einer zum 28.02.15, einer zum 31.03.15.

Stellen Stadtbüro: entwicklungsbedingte Antragswelle bei Ausweisen und Pässen, 2015 ist so ein Jahr, danach klingt die Antragswelle ab, und wir benötigen eventuell nicht mehr so viele Stellen. Eine Entscheidung soll im Rahmen der Haushaltsdiskussion zusammen mit dem Fachbereichsleiter getroffen werden.

Herr Kaun: Es sind 4 Stellen gewesen. 2 Stellen Fallen weg, somit 2 mehr?

Frau Gotzel: Antwort wird nachgereicht. **<Anlage 3>**

Herr Möller: Die Aufwendungen für Azubis sind stark abgesenkt, 577.600 € weniger, wie erklärt sich das?

Frau Gotzel: Eigentlich haben wir gleich viele Azubis. Warum sich die Aufwendungen verringern, muss detailliert geklärt werden; Antwort wird nachgereicht. **> Anlage 3<**

Herr Kaun: Findet nicht die Position zum CB Stadtmagazin.

Frau Ramsch: wird nachgereicht **>Anlage 3<**

Fragen zum Geschäftsbereich II

keine Fragen

Fragen zum Geschäftsbereich III

Herr Dr. Bialas: Frage zum 6. Kita-Änderungsgesetz; wie hat dies im Haushaltsplan Eingang gefunden?

Frau Ramsch: Hat noch nicht Eingang gefunden, weil das Gesetz in der Erstberatung im Landtag ist.

Herr Dr. Bialas: Gesetz ist schon beschlossen, tritt am 01.08.2015 in Kraft.

Herr Schaaf: Bis zur StVV soll es eine Zuarbeit geben. **>Anlage 3<**

Herr Dr. Bialas: Frage zu Zuschüssen an Betreuungsvereine, an welche und wie hoch?

Frau Jüttemann: Zuschüsse an Betreuungsvereine sind im Haushaltsplanentwurf 2015 enthalten, Produkt 043 343 010, Sachkonto 5318000, 11,9 T€ an Diakonische Altenhilfe Niederlausitz GmbH, 11,8 T€ an Unabhängigen Betreuungsverein. 2014 wurde der Zuschuss in gleicher Höhe ausgereicht.

Frau Dieckmann: bestätigt dies

Herr Kaun: Im Kita-Ausschuss wurde gesagt, dass Veränderungen aus diesem Kitagesetz bereits mit Auswirkungen über 400 T€ enthalten sind.

Frau Dieckmann: Antwort wird nachgereicht. **>Anlage 3<**

Herr Dr. Bialas: Im SSB, Paralympisches Zentrum sind Eigenmittelanteile ungleich auf die 3 Jahre verteilt. Warum ist das so?

Herr Schaaf: Hängt sicher mit Fördermittelbescheid zusammen.

Frau Dieckmann: Bestätigt dies; der Fördermittelbescheid wird den Fraktionsbüros zur Kenntnis gegeben. Wird nachgereicht. **>Anlage 4<**

Herr Dr. Bialas: Frage zum Hort „Freundschaft“. Es ist ein Satz enthalten, dass es einen Zuschuss durch eine Eigengesellschaft gibt. Welche könnte das sein? Vermute CTK.

Frau Tzschoppe: Ja, CTK

Herr Dr. Bialas: Hat Frage zum Hort Hufelandstraße. Es wurde alles frisch saniert, nun soll angebaut werden. Müssen zusätzliche Hortkinder an einer sportbetonten Grundschule untergebracht werden? Kann der Hort nicht alternativ anders organisiert werden?

Frau Dieckmann: reicht Antwort nach **>Anlage 3<**

- Frau Tzschoppe: Das ist eher eine bildungspolitische Fragestellung. Antwort wird nachgereicht. **>Anlage 3<**
- Herr Möller: Frage betrifft Otti, Sanierung ist noch nicht so lange her, nun soll ein 2. Rettungsweg angebaut werden (Ergebnis einer Anstellprobe der Feuerwehr). Erwartet das uns eventuell auch in anderen Einrichtungen?
Es stellt sich noch die Frage nach der Ausnahmegenehmigung zur Betriebserlaubnis aufgrund der Mehrbelegung um 50 Kinder. Wie ist das vereinbar mit dem fehlenden zweiten Rettungsweg?
- Frau Dieckmann: Das Landesjugendamt erteilt die Betriebserlaubnis bzw. weicht hier auf. Dies wird auch von der Stadt häufig kritisch gesehen. Jedoch ist das Land die genehmigende Stelle.
- Frau Tzschoppe: Das Aufweichen des Landesjugendamtes erfolgt auf Betreiben der Träger; Kitas im Innenstadtbereich sind sehr nachgefragt, deshalb wurde die befristete Ausnahmegenehmigung erteilt. Es handelt sich um ein unternehmerisches Handeln des Trägers; die Stadt hat leider keine Verantwortung.
- Herr Dr. Bialas: Betrifft Bundesmittel zur Entlastung von Kommunen bei Aufnahme von Asylbewerbern: auf Cottbus entfallen 3,7 % - von 15 Mio. € oder von 11,5 Mio. €?
- Herr Petsch: Bei den Soforthilfen tritt der Bund Umsatzsteueranteile an Länder und Kommunen ab. Das sind jeweils 500,0 Mio. €. Die Mittel über Kommunen sind im Haushalt mit einer Auswirkung von ca. 650,0 T€ enthalten. Von den Landesmitteln für das Land Brandenburg in Höhe von 15 Mio. € werden 25% vom Land einbehalten für die eigenen Erstaufnahmeeinrichtungen. Von den verbleibenden 11,5 Mio. € entfallen auf Cottbus ca. 420,0 T€. Wo diese zu finden sind, wird zu Protokoll nachgereicht.
-> Produkt 031 315 050, Sachkonto 4481000
- Frau Herrmann: In der Fröbel-Grundschule gibt es eine Erhöhung um 500 T€, ebenso gibt es Veränderungen in der Regine-Hildebrandt-Grundschule.
- Frau Schlenzog: Es gibt eine Verschiebung zwischen Schulgebäude und Turnhalle zugunsten Schulgebäude, alles im Rahmen des FAG. Dies entsteht durch Baufortschritt. Viele Erhöhungen entstehen dadurch, dass zur Haushaltsplanung immer anhand von Kennziffern versucht wird, die Baukosten abzuschätzen. Meist kommt es in den Ausführungen zu Präzisierungen und Kostensteigerungen, da die Ausführung meist einige Jahre später erfolgt.

Fragen zum Geschäftsbereich IV

- Herr Dr. Bialas: Fragen zum Finanzplan
Produkt Querungshilfe Ortseingang Branitzer Siedlung, 650 T€ sind geplant, was wird dort gebaut? Andere Querungshilfen sind deutlich billiger.
- Frau Adam: Maßnahmehöhe wurde anhand der Querungshilfe Carl-Bleichen-Grundschule eingeschätzt. Kosten lagen dort auch bei dem Betrag, jedoch wurde dort nicht die einfachste Variante genommen.
- Herr Dr. Bialas: Bittet um Planung von vertretbaren Varianten, nicht um Luxusvariante. Hat Frage zum grundhaften Ausbau der Karl-Liebnecht-Straße, auch hier wird anscheinend eine Luxusvariante geplant. Man kann durchaus die Baumallee stehen lassen und auf einen riesigen beidseitigen Fuß- und Radweg verzichten. Es muss doch auch möglich sein, den Fahrradweg über Fahrradstreifen auf die Straße zu verlegen. Hier würde man z. B. auch die Kosten für die Baumfällungen einsparen und die gesparten Mittel könnten für die Bildung eingestellt werden.

Herr Schaaf: Dies sollte im Fachausschuss weiter behandelt werden.

Herr Käks: Ist die Maßnahme Personentunnel so eingestellt wie Beschlusslage?

Frau Tzschoppe: ist im Haushalt so abgebildet

Herr Käks: Ist Liste 2 eine Aneinanderreihung oder eine Prioritätenliste?

Frau Tzschoppe: eine Aneinanderreihung

Herr Käks: Ist es möglich, die Kiekebuscher Straße aus Liste 2 in die Umsetzung hochzuholen?

Frau Tzschoppe: Wir können das gemeinsam diskutieren. Wichtig ist, den Willen vor Ort zu kennen, um das dann entsprechend diskutieren zu können.

Herr Kaun: Im Produkt Sanierung und Stadterneuerung gibt es auch das Programm Rückführung sozialer Infrastruktur.
Im Rahmen der Plandaten taucht hier auch mit 260 T€ die Renovierung des Familienhauses auf.
Dies ist doch aber längst beendet, worum handelt es sich bei dieser Ausgabe?

Frau Tzschoppe: Es handelt sich hierbei um die Auszahlung der einbehaltenen 10 % aus der Schlussrechnung.

Herr Dr. Bialas: Brücke Kutzeburger Mühle über die Spree soll aus Hochwassermitteln gebaut werden. Anscheinend soll die Brücke für den Schwerlasttransport ausgelegt werden. Empfiehlt die minimalste Lösung. Die Priorgraben-Brücke soll noch einmal im Bauausschuss behandelt werden. Muss sie sein oder kann sie eingespart werden? Wir brauchen eine Prioritätenliste.

Frau Tzschoppe: Brücke wird im September in den Ausschuss kommen.

Herr Schnapke: Gibt es Neues zum Löns-Steg?

Frau Adam: Es gibt eine Antwort des Ministeriums, dass Fördermittel für diese Brücke nicht zurückgezahlt werden müssen. Sie plädiert auf Rückbau.

Fragen zum Haushaltssatzung, zum Haushaltsplan und Haushaltskonsolidierungskonzept

Herr Möller: S. 22 im Vorbericht steht, dass wir keine Ziele und Abweichungen zu den Zielen haben. Inwiefern ist da eine Satzung beschlussfähig, wenn dies nicht vollständig ist?
Es gibt eine Steuerschätzung aus November 2014, es gibt nun eine neue Steuerschätzung vom Mai 2015, die für uns unter Umständen günstiger wird, wenn wir uns im Bundestrend bewegen.

Frau Jüttemann: Ziele und Kennzahlen werden gefordert, sind aber kein Genehmigungsgrund. Es gibt einen Hinweis von Innenministerium zur Festlegung Zielen und Kennzahlen. Der Controllingbereich findet das Fehlen qualitativ nicht gut, und es sollte überarbeitet werden. Aber es gibt Zeitprobleme durch das Aufholen der Jahresabschlüsse.

Herr Petsch: Bei den Steuerschätzungen kann man aus der Schätzung des Bundes leider nur einen Trend ableiten, für uns als Stadt ist die regionalisierte Steuerschätzung wichtig, welche uns durch das Land zur Verfügung gestellt wird. Dies erfolgte erst Anfang Juni, und z. B. bei der Gewerbesteuer errechnet sich eine Veränderung um 523 T€ im Vergleich zu den nun enthaltenen 500 T€. Bei den anderen Einnahmen gibt es nur marginale Veränderungen. Im Rahmen der HH-Planung 2016 wird die regionalisierte Steuerschätzung Mai 2015 Grundlage sein.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Abstimmung: 10:0:0

3.2 I-005/15

Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2015 – 2018 im Rahmen des Haushaltsplanes 2015

V.: GB I

Frau Ramsch führt aus. Im Wesentlichen sind es dieselben Maßnahmen, welche fortgeschrieben und an die aktuellen HH-Zahlen angeglichen wurden. **>Anlage1<**

Diskussion:

- Herr Möller: Weist auf die Maßnahme A6 hin, die doch eine neue Maßnahme ist, nämlich die Richtlinie Vollzeitpflege. Hier wurden durch uns doch Abstufungen beschlossen, die so nicht enthalten sind.
- Frau Ramsch: Bestätigt dies. Durch stufenweise Absenkung normalerweise Erhöhung der Ansätze, aber der Geschäftsbereich hat zugesichert, dies im Deckungskreis abzufangen.
- Herr Dr. Bialas: Herr Kuhnert hat für 2015 Zahlen vorgelegt. Die Heimkinderzahl ging auf 146 zurück, die Pflegekinderzahl auf 103. Dies hängt mit der Neuausrichtung im Fachbereich zusammen, aber der Punkt A6 stimmt jetzt mit der Wirklichkeit nicht überein. Es widerspricht sich.
- Herr Schaaf: Erklärungen müssen angepasst werden.
- Frau Breitschuh-
Wiehe: Im GB III wurde Suchtberatungsstelle eingespart, eigentlich sollte eine zusätzliche eingerichtet werden. Begründet wurde dies mit präventiven Maßnahmen, jedoch ist fraglich, ob das gerade bezüglich Crystal Meth dann noch ausreicht.
- Frau Dieckmann: Zweite Suchtberatungsstelle ist bisher nicht gekommen, fachliche Einschätzung aus FB 50, dass Betreuung sichergestellt ist. Neben dem Tannenhof führt auch die Caritas niederschwellige Suchtberatung durch.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Abstimmung: 10:0:0

Ende öffentlicher Teil: 18:36 Uhr

gez. Werner Schaaf
Vorsitzender des Ausschusses
für Haushalt und Finanzen

gez. Manuela Rahr
Protokollantin

4 Anlagen